

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Grötzingen -**

Niederschrift Nr. 33

über die öffentliche Sitzung des **Ortschaftsrates**

am **25. Oktober 2017**

(Beginn 19:00 Uhr; Ende 21:30 Uhr)

im **Saal der Begegnungsstätte, Niddastr. 9**

| | |
|---|---|
| Vorsitzende: | Ortsvorsteherin Karen EBrich |
| Zahl der anwesenden Mitglieder: | 17 (OSR Pepper ab TOP 2) |
| Zahl der Zuhörer: | 12 |
| Namen der nicht anwesenden Ortschaftsräte | OSR Orthey (V) |
| Urkundspersonen: | OSR Siegele, OSR Siegrist |
| Schriftführer: | Hauptamtsleiter Jürgen Dehm |
| Sonstige Verhandlungsteilnehmer: | Ulrich Kienzler, Jürgen Hartig, Forstamt (TOP 2) Rolf Roser, Liegenschaftsamt (TOP 3) Rechnungsamtsleiterin Margit Schönfeld Bauhofleiter Kaan Rossi |

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte die Vorsitzende fest, dass zu der Verhandlung durch Ladung vom **16.10.2017** ordnungsgemäß eingeladen wurde.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

342. Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
343. Forstbericht 2017/18
344. Feldhutjahresbericht – auch Information zu speziellen Themen
345. Mobiliar für die Gaststätte „Grezzo“
346. Bürgerservice nur nach Terminvereinbarung und Nummer
(Antrag der CDU-Fraktion)
347. Hort an der Gemeinschaftsschule
(Antrag der MfG-Fraktion)
348. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse
349. Bauanträge
350. Mitteilungen und Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung verkündet die Ortsvorsteherin, dass sie den Tagesordnungspunkt „Bauanträge“ absetzt, da keine Bauanträge vorliegen.

Zu Punkt 342 der TO: Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner

- a) Herr Hummel regt zum Punkt „Möbiliar für die Gaststätte Grezzo“ an, den großen Tisch, wenn er aus dem Nebenraum entfernt werden sollte, im Biergarten oder dem Niddaplatz aufzustellen.

Zu Punkt 343 der TO: Forstbericht 2017/18

OVS EBrich begrüßt zu diesem Punkt den Leiter des Forstamtes, Herrn Ulrich Kienzler, und den Revierförster Jürgen Hartig.

Herr Kienzler führt aus, dass sich in Grötzingen die forstlichen Hauptflächen mit knapp 200 Hektar im Bruchwald um den Grötzingen Baggersee herum befinden. Darüber hinaus sind hier der Große Wald östlich der Bundesstraße 3 und der Weidbruch bei der Autobahn vorhanden. In Karlsruhe gibt es ca. 4.600 Hektar städtische Forstflächen.

Wälder erbrächten großartige Leistungen für uns Menschen sowie der Tier- und Pflanzenwelt. Das Forstamt versuche, die Wälder zu entwickeln, damit diese alle Waldfunktionen für die nächste Generation erfüllen können. Die Waldentwicklung werde unter anderem gesteuert im Rahmen einer Holznutzung. In erster Linie werden vitale Bäume gefördert und junge Bäume entwickelt. Die Holzernte lag 2016 bei 2.170 Festmetern. Die Pappel findet zunehmend im Sperrholzbereich Verwendung als Ersatz für tropische Hölzer. Bürgergabholz spielt nur eine geringe Rolle. In diesem Jahr konnten aufgrund größerer Personalausfälle nur knapp 600 Festmeter Holz geerntet werden, so dass die Vorgaben voraussichtlich nicht erfüllt werden können. Außerhalb des Naturschutzgebietes sei 2017 noch ein Ausschlag von Pappeln geplant. Einzelne Bäume blieben als Habitathölzer für Fledermäuse noch stehen. Im Naturschutzgebiet seien Durchforstungen zur Förderung der Naturverjüngung vorgesehen.

Für 2018 sei geplant, absterbende Eschen zu entnehmen und Eichen einzubringen, da ansonsten auf natürlichem Wege der Bergahorn nachkomme und überhandnehme. Im nächsten Jahr sollen 1.100 Festmeter im Bruchwald geerntet werden.

Im September wurden während der Sperrung der Bahnlinie nach Weingarten umfangreiche Verkehrssicherungsarbeiten entlang der Bahnlinie mit sog. Fällbaggern durchgeführt. Dabei wurden erkennbare Gefahren beseitigt.

Bezüglich Waldschutzes bereite das Eschentriebsterben Sorgen. Ursache sei ein Pilz, der aus Asien eingeschleppt wurde. Die asiatische Esche sei dagegen resistent, die europäische nicht, so dass der Pilzbefall wirtschaftlich zu einem herben Verlust führe. Die Esche habe im Stadtwald einen Anteil von 13 %.

Im Forstamt werde zum 01.01.2018 wieder eine Forsteinrichtung erfolgen. Es handelt sich dabei um eine mittelfristige Betrachtung über einen Zeitraum von zehn Jahren, was im Wald vor sich gehe. Dadurch solle die Nachhaltigkeit im Wald gesichert werden. Die Forsteinrichtung besteht aus den Teilen Rückblick, Erfassen des aktuellen Zustandes durch eine Betriebsinventur sowie Planung. Das Forstamt ist seit 01.04.2017 auch Untere Jagdbehörde. Vor kurzem wurde dort auch eine Halbtagsstelle für einen Wildtierbeauftragten eingerichtet und mit Herrn Lenhard besetzt. An diesen könne sich die Bevölkerung wenden, zum Beispiel bei Fragen zu Dachsen, Steinmardern, Wildverbiss und Wildschweinen.

Der Grötzingen Wald besteht zu 89 % aus Laubbäumen und zu 11 % aus Nadelbäumen. Das habe ökologische Vorteile, aber ökonomisch große Nachteile, da Nadelholz besser zu ver-

markten sei.

OSR Pepper betritt den Raum.

Der Holzvorrat sei auf 332 m³ je Hektar angestiegen. 1998 sei dieser Wert noch bei 316 m³ gelegen. Das bedeute eine positive CO₂-Speicherbilanz, da weniger Holz genutzt werde als nachwachsen. An Totholz seien 44,3 Vorratsfestmeter je Hektar zu verzeichnen. Dieser Wert sei sehr hoch, wobei das Optimum zwischen 30 und 50 Vorratsfestmetern liege.

Die Waldpädagogik habe 2016 mit 720 Veranstaltungen ein Rekordjahr verzeichnen können, 2017 seien 716 Veranstaltungen durchgeführt worden.

Derzeit laufe ein Projekt Urbane Waldwirtschaft, das die Frage zum Inhalt habe, wie Wälder künftig bewirtschaftet werden sollen. Hier sollen neue Konzepte durch Einbeziehung der Menschen erarbeitet werden. Bis zum 30.09.2017 habe es dazu auch eine Online-Umfrage gegeben, an der sich recht viele Karlsruher beteiligten. Der Fokus liege dabei derzeit auf dem Hardtwald.

Zum 01.07.2019 sei eine strikte Trennung zwischen Staatswald und anderem Wald geplant. Derzeit gebe es eine sehr bürgernahe Forstorganisation, da das städtische Forstamt auch den Staatswald mitbetreut, so dass zu diesem Zeitpunkt eine Organisationsänderung erfolgen müsse.

OSR Jäger dankt für die Ausführungen und die interessante Waldführung im Mai dieses Jahres.

OSR Hauswirth-Metzger hat sich gefreut, dass das Forstamt während der Bahnsperre die Verkehrssicherungsmaßnahmen durchgeführt hat. Sie bittet um mehr Angaben zum Industrieholz, das zu 30 % in die Holzernte einfließt. Da das Forstamt auch Eichen mit einbringen möchte, interessiert sie, ob der Eichenprozessionsspinner keine Sorgen bereite. Außerdem möchte sie wissen, ob bezüglich der Dachproblematik zu Grötzingen eine Aussage möglich sei. Da der südöstliche Bereich des Bruchwaldes oft unter Wasser steht, fragt sie, ob dies Auswirkungen für die Bäume habe.

Herr Kienzler antwortet, sein Amt führe jederzeit gerne Waldbegehungen durch. Den Arbeiten im Wald während der Bahnsperre seien extrem aufwändige Abstimmungen mit den Naturschutzbehörden vorausgegangen. Industrieholz werde zu Zellstoff und Spanplatten verarbeitet. Sein Amt versuche, die Industrieverwertung zu favorisieren, da das CO₂ in diesem Zustand des Holzes noch enthalten ist. Allerdings gebe es immer weniger Verwerter des Industrieholzes und leider seien Nachfrage und Preis relativ niedrig. Er habe keinen Einfluss darauf, wann das Holz tatsächlich abgeholt werde, so dass es oft ein bis eineinhalb Jahre im Wald liege. Der Eichenprozessionsspinner bereite im Wald weniger Sorgen, eher am Waldrand, da es dort für den Spinner wärmer sei. Der Eichenanteil solle erhalten bzw. zumindest etwas dafür getan werden, da lasse man sich vom Eichenprozessionsspinner nicht abhalten. Zur Dachproblematik habe er keine neuen Informationen. Die Stelle sei erst seit kurzem besetzt. Er wisse aber, dass es intensive Kontakte zwischen den Jagdpächtern und den Betroffenen gebe. Wasserstauungen bedeuteten eine klassische Bruchwaldsituation. Typisch sei dort die Erle, die das aushalte. Es handele sich hier um extensiv genutzte Bereiche, die eine geringe wirtschaftliche, aber eine hohe ökologische Bedeutung haben.

Die Frage von OSR Siegele, ob sich der Wald selbst trage, verneint Herr Kienzler. Das habe unterschiedliche Gründe: einerseits die natürliche ungünstige Situation des Laubwaldes, andererseits viele kleine Randlagen und die Belastung des Teilhaushaltes mit einer Verzinsung des Anlagekapitals von 1, 1 Mio. Euro. Der Wald koste in der Vollkostenrechnung jeden Einwohner ca. acht bis zehn Euro pro Jahr, was er für einen vertretbaren Wert hält. Wenn man die Beiträge des Waldes zum Ökosystem berücksichtige, sehe die Bilanz weit besser aus.

OSR Siegrist interessiert die Auswirkung des Baggersees. Herr Kienzler berichtet, die Situation habe sich deutlich entspannt, auch weil intensiv kontrolliert werde. Der Massenansturm habe deutlich abgenommen.

OSR Weingärtner dankt, dass das Forstamt die Entwicklung der Badestelle korrekt und wohl-

wollend begleitet hat. Positiv empfinde sie auch die Heranführung der Schüler.

OSR Schuhmacher wünscht genauere Informationen zur Naturverjüngung auf 48 % der Waldfläche. Außerdem fragt er, nachdem die Staatswälder in Karlsruhe ebenfalls vom Forstamt bewirtschaftet werden, ob auch die Verpachtung der Jagden für den Staatswald hierauf Auswirkungen habe.

Dazu teilt die Ortsvorsteherin mit, dass ein umfangreicher Bericht zur Jagdpacht in der Dezembersitzung erfolgen werde. Herr Kienzler sagt, bei der Naturverjüngung würden junge Bäume ermittelt, die ohne Pflanzung durch den Menschen durch Aussamung aufgegangen sind. Der Bestand des Waldes wäre durch den Wert von 48 % gesichert. Herr Kienzler sagt, dass staatliche Jagden ganz anders verpachtet werden. Es handelt sich dabei um Eigenjagdbezirke, die alle sechs Jahre ausgeschrieben werden. Interessenten könnten sich auf Jagdpachtverträge mit konkretem Pachtpreis bewerben. Die Bezirke werden dann unter Anwesenheit eines Juristen öffentlich ausgelost.

OSR Fettig bittet zum sensiblen Thema Baggersee, dass das Forstamt Arbeiten mit größerem Gerät den Bürgern gegenüber im Voraus ankündigen möge. Von Bürgern seien verschiedene Rückmeldungen gekommen, dass es wohl nicht sein könne, ihnen den Aufenthalt in diversen Bereichen zu verwehren und andererseits großflächig im Wald und an Wegen Spuren größerer Holz- und Transportarbeiten zu hinterlassen.

Herr Kienzler antwortet, das Forstamt müsse bei Waldarbeiten aus Sicherheitsgründen absperren bzw. bei viel benutzten Wegen bei Fällarbeiten Posten am Weg Aufsicht stellen. Er weist darauf hin, dass die Sperrungen im Wald weit kürzer als im Straßenverkehr seien.

Die 2016 noch eingesetzte Planierdraupe werde nicht mehr verwendet. Die Maschinen seien jedoch groß. Die Firmen kämen z. B. mit einer Sechsradmaschine, die weniger Druck auf den Weg ausüben, und führen auf Rüttelgassen.

OSR Schmidt-Rohr wirft ein, vor zwei Jahren habe es geheißen, dass eine Fläche als Urwald ausgespart werden soll und möchte wissen, ob es dabei geblieben sei. Herr Kienzler antwortet, es solle ein Minibannwald von drei Hektar Größe ausgewiesen werden. Ursprünglich hätten es sogar fünf Hektar werden sollen, wobei zwei Hektar nach intensiven Gesprächen mit dem Naturschutz wieder herausgenommen wurden. Grund war, dass man nach einer Stilllegung nichts mehr für die Eichen tun könne. Auf vielen Waldflächen seien fremdländische Baumarten (Neophyten) festzustellen, weshalb der Forst eingreifen solle, damit sich diese nicht übermäßig entwickeln.

Auf die weitere Frage von OSR Schmidt-Rohr, ob das Forstamt die richtige Stelle sei, wenn bei einer Jagd etwas passiert und ihren Wunsch nach einer Verbesserung der Kommunikation, erwidert Herr Kienzler, er sei gegen eine Veröffentlichung von Jagdterminen, da Umweltschutzorganisationen des Öfteren mit Aktionen reagierten, wie dies im südlichen Landkreis Karlsruhe bereits passiert sei. Seines Erachtens ist die Jagd für einen naturnah aufgemachten Wald unverzichtbar.

OSR Pepper macht darauf aufmerksam, dass auch die Kindergruppe der NaturFreunde Grötzingen in den Genuss der Waldpädagogik gekommen sei, jedoch in der Auflistung fehle.

Zu Punkt 344 der TO: Feldhutjahresbericht- auch Information zu speziellen Themen

Nach Begrüßung durch die Ortsvorsteherin erläutert Herr Rolf Roser, dass er sei 01.10.2017 als alleiniger Feldhüter in ganz Grötzingen eingesetzt ist. Der zweite Bezirk für Grötzingen wurde vom Liegenschaftsamt aufgehoben.

Er führt aus, die Obsternte in Grötzingen sei in diesem Jahr sehr schlecht ausgefallen. Müllablagerungen seien zurückgegangen. Das gelte jedoch nicht für Vermüllung und Verbrennungen auf privaten Grundstücken. Die Feldhut kümmere sich um zugewachsene Wege in der

freien Natur und bescheinigt der Ortsverwaltung, dass sie engagiert versuche, die öffentlichen Wege freizuhalten. In zwei Fällen habe bei toten Vögeln der Verdacht auf Vogelgrippe vorgelegen, die Ergebnisse seien jedoch negativ ausgefallen.

Ein großes Thema sei seit 2016 die Überwachung des neuen Landschaftsschutzgebietes Gießbachniederung/Im Brühl. Vor allem gehe es dabei um Aufklärung. Altbestände von Hütten und Zäunen genießen Bestandsschutz, Veränderungen seien jedoch nicht möglich.

In der Sprechstunde gebe es vermehrt Beschwerden von Grundstückseigentümern, die am Samstag oder Sonntag auf das eigene Grundstück fahren und beschimpft werden. Das Aufsuchen des eigenen Grundstücks sei an diesen Tage selbstverständlich möglich.

Auf die Frage von OSR Hauswirth-Metzger, wer überprüfe, ob Ackerrandstreifen im Landschaftsschutzgebiet angelegt würden und was gepflanzt werde, antwortet Herr Roser, man spreche in diesem Zusammenhang von Wegrandstreifen, die üblicherweise 50 bis 60 Zentimeter betragen. Wegrandstreifen sollten eigentlich überall sein. Zu 99 % sei dies in Grötzingen auch in Ordnung. Nur in einem Fall im Gewann Kuhweide sei ein solcher nicht vorhanden. Ackerrandstreifen sollen bis zu sieben Meter betragen. In Grötzingen kenne er nur einen einzigen, ebenfalls im Gewann Kuhweide.

Auf die weitere Frage von OSR Hauswirth-Metzger, was passiere, wenn jemand, zum Beispiel Am Knittelberg, ein Grundstück rode, erklärt er, dies liege in der Hand des Zentralen Juristischen Dienstes.

OSR Ritzel macht auf einen ganz schmalen Pfad zwischen dem Grenzweg in Berghausen und Grötzingen im Gewann Dausäcker aufmerksam, der zunehmend zuwachse und nicht mehr benutzt werden könne. Herrn Roser ist dies nicht bekannt, da er erst drei Wochen für diesen Bereich zuständig sei. OVS EBrich erklärt, die Ortsverwaltung sei mit dieser Angelegenheit bereits beschäftigt. Die Anlieger seien verpflichtet, den Weg frei zu räumen.

OSR Stutter erklärt, beim Hirschhäldenweg liege seit Jahren eine größere Zahl von umgestürzten Bäumen. Herr Roser führt aus, an der Hattenkellenhohl habe es einen Sturmschaden gegeben. Bei den Eigentümern handele es sich um eine Eigentümergemeinschaft von sieben Personen, die auf ganz Deutschland verteilt sind. Die Sache sei in Bearbeitung.

Die Frage von OSR Stutter, ob bekannt sei, dass man von Navigationsgeräten über die Hattenkellenhohl geführt werde, wenn man zum Naturfreundehaus möchte, verneint Herr Roser. OSR Fischer möchte wissen, ob es Leinenzwang für Hunde in der freien Natur gebe. Dies ist nur im Naturschutzgebiet der Fall, so der Feldhüter. Auf die weitere Frage von OSR Fischer erklärt er, dass es auf Feldwegen kein Tempolimit gebe.

OSR Siegele interessiert, ob die schlechte Obsternte auf Frost im Frühjahr zurückzuführen sei, was Herr Roser bestätigt.

Zu Punkt 345 der TO: **Mobiliar für die Gaststätte „Grezzo“**

Der Pächter bittet um die Beschaffung von 10 Tischen für das Nebenzimmer im „Grezzo“. Der Tisch, der von Guntram Prochaska gefertigt und gekauft wurde, eignet sich seiner Meinung nach aufgrund der „Mächtigkeit“ nicht für eine optimale und notwendige Auslastung und Bedienung der Gäste:

- Gäste sitzen je nach Körpergröße völlig verloren und merkwürdig separiert um die große Tischplatte herum
- dies führt unter Umständen auch zu Kommunikationsproblemen, da die Gäste zu weit von einander weg sitzen
- Die Höhe widerspricht jeder Ergonomie, die einzunehmende Haltung wird von vielen als unbequem geschildert.

- die grobe Machart (der Oberfläche) widerspricht einer wirtschaftlich üblichen Bedienbarkeit
- Ausnutzung der Umsatzfläche -auch bei Tischteilung- ist nicht optimal
- Das Möbel ist bei Nutzern technisch und optisch umstritten

Der Tisch sei vielmehr als Tafel für den Biergarten geeignet.

Um eine optimale Auslastung im Nebenraum zu erreichen, plant der Pächter insgesamt zehn Esstische (schwarz mit Edelstahlfuß, wie vorhanden) aufzustellen:

4 Tische 80 x 80 cm zum Preis von circa 310 € = 1.240 €

6 Tische 80 x 120 cm zum Preis von circa 380 € = 2.280 €

gesamt = 3.520 €

Es handelt sich bei den genannten Preisen um Nettopreise. Haushaltsmittel zum Ankauf der Tische sind vorhanden.

Beschlussvorschlag:

Der Ortschaftsrat genehmigt den Kauf von 10 Tischen für das Nebenzimmer des „Grezzo“.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OVS EBrich informiert, der Pächter sei auf sie zugekommen mit dem Anliegen, dass es wirtschaftlicher für ihn wäre, wenn im Nebenzimmer kleinere Tische stehen würden. Da es sich um eine grundsätzliche Entscheidung handelt, sei dazu eine Behandlung im Ortschaftsrat notwendig, zumal der Tisch umstritten sei.

OSR Hauswirth-Metzger erklärt, Tatsache sei, dass der Tisch von der Ortsverwaltung frisch gekauft wurde und der Pächter den Pachtvertrag, der auch den Tisch umfasst, unterschrieben hat. Das Ganze sei nach wie vor umstritten. Sie schlägt vor, den Tisch im Nebenzimmer zu belassen, da sie der Vorlage entnehme, dass offenbar Geld für die Neuanschaffung von Tischen vorhanden ist. Der Tisch sollte niedriger sein, so dass er zum Teil egalisiert werden müsste. Damit wäre den Beschwerden Rechnung getragen. Sie habe gehört, der Pächter sei offenbar überrascht gewesen, dass er den Tisch pflegen solle. Guntram Prochaska habe mitgeteilt, der Tisch habe eine Seele. Daher könnte der Tisch in den Mittelpunkt von Werbung gestellt werden.

OSR Weingärtner führt aus, das Gremium habe mehrheitlich zugestimmt, dass der Tisch im Nebenzimmer stehen bleiben soll. Es handelt sich dabei um ein Unikat, das ausdrücklich für diesen Raum hergestellt wurde. Von Anfang an sei bemängelt worden, dass der Tisch zu hoch und die Oberfläche zu rau ist. Nachdem die Wirtschaftlichkeit dagegen spreche, würde sich ihre Fraktion dem beugen. Der Pächter komme mit dem Konzept nicht klar und identifiziere sich nicht mit dem Tisch.

OSR Siegele will wissen, ob die vorhandenen Stühle ausreichen, was von der Ortsvorsteherin bestätigt wird. Seine Fraktion wolle dem Beschlussvorschlag folgen. Jetzt habe man ein funktionierendes Restaurant. Erstmals seit vielen Jahren gehe das Konzept auf, sie wollten keinen baldigen Pächterwechsel.

Für die MfG-Fraktion, so OSR Schuhmacher, geht die Sache etwas zu schnell, zumal der Ortschaftsrat Verantwortung für die Gelder habe. Man solle nicht voreilig eine Entscheidung ohne ein Konzept treffen. Der Tisch ändere sich nicht, wenn er ins Freie gestellt werde. Es sollte nicht voreilig abgestimmt werden. Zur Klärung, wo der Tisch zum Stehen kommen und welches Konzept der Biergarten haben solle, regt er an, die Angelegenheit im Ausschuss zu beraten. Dabei sollte auch der Schallschutz bei Veranstaltungen geregelt werden. Er sei für das Aufzeigen eines größeren Konzeptes der Ortsverwaltung; es sollte nicht stückweise vorgegangen werden. Verbesserungsmöglichkeiten sollten zusammen angegangen werden.

OSR Hauswirth-Metzger sagt, ihre Fraktion habe mit dem Pächter gesprochen. Er wäre von

der Geschichte des Baumes angetan. Man sollte die Angelegenheit nicht so schnell abwie-
geln, sondern es auf anderem Wege probieren.

OSR Jäger erklärt, Gäste würden sich oft beschweren und sich statt des Tisches etwas anderes
wünschen. OSR Ritzel bringt zum Ausdruck, der Pächter habe den Ortschaftsrat angespro-
chen. Er habe explizit geäußert, ihm sei bewusst, dass der Pachtvertrag auch den Tisch umfas-
se, bitte jedoch um eine Änderung. Dem sollte man nachkommen. Im Freien könne man ger-
ne Abstriche machen.

OSR Siegrist bemerkt, er tendiere zu einer zeitlichen Verzögerung, um gleichzeitig auch The-
men wie den Schallschutz mit einem Gesamtkonzept anzugehen.

OSR Irmischer regt an, die Stellen des Tisches herzurichten, wo man sich die Kleidung beschä-
digen kann und die Tischhöhe zu vermindern. Den Tisch in den Biergarten zu stellen, so OSR
Irmischer weiter, sei eigentlich keine Lösung; vielmehr sollte eine sinnfertige Lösung für die
Verwendung des Tisches im Gebäude gesucht werden. Damit die Angelegenheit funktioniere
müsse seines Erachtens nicht allzu viel Geld in die Hand genommen werden. Der Pächter solle
zeigen, dass er den Betrieb der Gaststätte gut im Griff hat. Der Tisch sollte im Nebenzimmer
verbleiben. Allerdings sollte man perspektivisch eine Lösung suchen, die dem Kunstwerk ge-
recht werde.

Die Vorsitzende informiert, dass hinsichtlich des Schallschutzes eine Firma mit Verbesse-
rungsmaßnahmen beauftragt wurde und in ca. zwei Wochen anfangen werde. Sie habe regis-
triert, dass keiner den Tisch in den Biergarten gestellt haben möchte. Insoweit könne sie sich
dem Vorschlag einer Behandlung im Ausschuss anschließen. Dann gäbe es bis dahin auch
neue Erfahrungen zum Thema Schallschutz.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beschließt mit zehn Ja- und sieben Nein-Stimmen, eine Entscheidung zum
vorhandenen und der Anschaffung eventueller weiterer Tische zu vertagen und die Angele-
genheit in den Ausschuss zu verweisen. Dort sollen auch konzeptionelle weitere Überlegun-
gen angestellt werden.

OSR Vorberg schlägt vor, dem Pächter im Vorfeld schon Informationen zur Geschichte des
Tisches zukommen zu lassen.

Zu Punkt 346 der TO: **Bürgerservice nur nach Terminvereinbarung und Nummer (Anfrage der CDU-Fraktion)**

Die CDU-Fraktion hat geschrieben:

Nach Mitteilung der Ortsverwaltung im Sommer wurde der Service für Bürger auch in Gröt-
zingen umgestellt und ist nur noch nach Terminvereinbarung im Internet oder Ziehen einer
Wartenummer möglich. Nun gab es in der Einführungsphase bei den Bürgern Irritationen und
Wahrnehmungen, die erklärungsbedürftig sind. Das neue System TEMPUS wird als kompli-
ziert, unflexibel und wenig bürgernah empfunden.

Dazu folgende Anfragen:

1. Ist die Bedienung eines Bürgers auch ohne Termin oder Nummer möglich und unter
welchen Voraussetzungen oder bei welchen Anliegen?
2. Wie werden Anrufe gehandhabt?
3. Wieviel Zeit wird pro Termin oder Nummer eingeplant?
4. Wie lange sind die durchschnittlichen Wartezeiten auf einen Termin bzw. beim Ziehen
einer Nummer?
5. Wie wird damit umgegangen, wenn trotz Terminvereinbarung oder gezogener Num-
mer der Bürger nicht erscheint?

6. Wie haben sich die Fallzahlen/Bearbeitungen in Grötzingen seit der Einführung entwickelt, und zwar im Vergleich zu vorher?
7. Wie hat sich die Inanspruchnahme der Grötzingen Ortsverwaltung durch Bürger aus anderen Stadtteilen entwickelt im Vergleich vor und nach der Einführung von Tempus?
8. Die Fälle in Grötzingen sind sicher nicht mit den Massenabfertigungen in der Stadt zu vergleichen. Welche Möglichkeiten gibt es Tempus flexibel einzusetzen, z.B. nur an bestimmten Wochentagen bzw. an bestimmten Wochentagen Bürger wie bisher zu bedienen?

Christiane Jäger

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

1. Ist die Bedienung eines Bürgers auch ohne Termin oder Nummer möglich und unter welchen Voraussetzungen oder bei welchen Anliegen?

Die Bedienung eines Kunden / einer Kundin ohne Termin oder Nummer ist grundsätzlich möglich, wenn ein gebuchter Termin ausfällt. Dann können Zwischentermine mit kürzerer Bearbeitungszeit oder „Notfälle“ eingeschoben werden. Sofern es die Personallage zulässt, besteht die Möglichkeit, auch weitere Kunden über den Wartemarkenspender zu bedienen.

2. Wie werden Anrufe gehandhabt?

Gespräche werden bei Nichtbelegung des Schalters sofort angenommen. Ist der Schalter mit Publikum belegt, wird das Gespräch, auch aus Gründen des Datenschutzes, nicht angenommen. Eine Ausnahme ist nur in äußerst wichtigen Fällen möglich, wenn das Gespräch erwartet wird. Dann wird beim Kunden nachgefragt, ob die Annahme des Telefonates möglich ist und um etwas Geduld gebeten.

3. Wieviel Zeit wird pro Termin oder Nummer eingeplant?

Das ist je nach Bearbeitungsfall unterschiedlich. Es wird eine mittlere Bearbeitungszeit vorgegeben, die vom Ordnungsamt in Zusammenarbeit mit der Ortsverwaltung Grötzingen errechnet wurde. Der Antrag eines Personalausweises ist beispielsweise mit einer geringeren Bearbeitungszeit hinterlegt, hingegen die Neuanschaffung eines Fahrzeuges mit einer höheren Bearbeitungszeit.

4. Wie lange sind die durchschnittlichen Wartezeiten auf einen Termin bzw. beim Ziehen einer Nummer?

Online-Terminvereinbarung

Bei einer Terminbuchung entstehen keine oder nur geringe Verzögerungen. Diese entstehen, wenn sich die eingerechnete Zeit zur Bearbeitung durch den Kunden/die Kundin oder sonstige Gegebenheiten verzögert.

Wartemarke bei spontanem Vorsprechen

Beim Ziehen einer Nummer über den Wartemarkenspender sind die tägliche Inanspruchnahme und die personelle Besetzung des Bürger- und Servicebüros ausschlaggebend. Die Termine am Wartemarkendrucker werden pro Tag zusätzlich zum Online-Angebot hinzugefügt. Hierdurch sind personelle Ausfälle aufgrund von Krankheit oder Urlaub besser steuerbar. Im besten Fall gibt es zur Online-Terminvereinbarung zwei zusätzliche Schalter.

Ist ein Schalter innerhalb der nächsten 30 Minuten frei, erhält der Kunde sofort eine Wartemarke mit Zeitangabe, wann aufgerufen wird. Bei mehr als 30 Minuten Wartezeit kann gewählt werden zwischen dem nächsten freien Termin an diesem Tag oder alternativ an einem Wunschtermin innerhalb der nächsten Woche.

5. **Wie wird damit umgegangen, wenn trotz Terminvereinbarung oder gezogener Nummer der Bürger nicht erscheint?**

50% der gebuchten Zeit wird als Wartepuffer gewährt, danach erfolgt der Aufruf der nächsten Nummer. Diese Terminlücken können für Kunden ohne Termin genutzt werden. Voraussetzung ist allerdings, dass die Bearbeitungszeit für das Anliegen in den freien Zeitrahmen bis zum nächsten Termin passt.

6. **Wie haben sich die Fallzahlen/Bearbeitungen in Grötzingen seit der Einführung entwickelt und zwar im Vergleich zu vorher?**

Die Abrechnung der Vorgänge erfolgt über den Kassenbaustein beim Ordnungsamt, eine Auswertung erfolgt von dort. Eine Auskunft ist aufgrund der Kürze noch nicht repräsentativ.

7. **Wie hat sich die Inanspruchnahme der Grötzingen Ortsverwaltung durch Bürger aus anderen Stadtteilen entwickelt im Vergleich vor der Einführung von Tempus und nach der Einführung von Tempus?**

Nach Einschätzung der Kolleginnen und Kollegen im Bürger- und Servicebüro ist die Inanspruchnahme im Gesamten vor und nach Einführung von Tempus in etwa gleich.

Nach Einführung von Tempus wurde eine erste Befragung im Zeitraum von zwei Wochen nach dem Herkunftsort mit folgendem Ergebnis durchgeführt:

| | | |
|------------------------|---------|-----------------------------------|
| Wartemarkenspender: | 50% | Grötzingen Bürgerinnen und Bürger |
| | 50% | von anderen Stadtteilen |
| Online-Terminschalter: | 17,89 % | Grötzingen Bürgerinnen und Bürger |
| | 82,11 % | von anderen Stadtteilen |

8. **Die Fälle in Grötzingen sind sicher nicht mit den Massenabfertigungen in der Stadt zu vergleichen. Welche Möglichkeiten gibt es, Tempus flexibel einzusetzen, zum Beispiel nur an bestimmten Wochentagen Bürger wie bisher zu bedienen?**

Die Bürger und Bürgerinnen haben nach wie vor die Möglichkeit, zu den gleichen Zeiten wie früher mit max. drei Schaltern (1 Online-Schalter und 2 Schalter vor Ort) im Bürger- und Servicebüro bedient zu werden.

Neu ist die Einführung des Wartemarkenspenders für Termine vor Ort, da es auch schon vorher eine Online-Terminvergabe gab. Zusätzlich besteht weiterhin die Möglichkeit, einen Wunsch-Termin telefonisch über die „115“ zu buchen.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Jäger stellt folgende Zusatzfragen:

a) Ist es tatsächlich so, dass der Aufruf nur über die Nummer erfolgt?

OVS Eßrich antwortet, dass eine Rückfrage durch die Mitarbeiter erfolge, falls sich niemand meldet, ob jemand einen Termin hat

b) Ist auch für die Abholung eines Personalausweises ein Termin erforderlich? Wie viel Zeit ist dafür veranschlagt?

Die Vorsitzende bestätigt, dass auch dafür ein Termin erforderlich ist und fünf bis zehn Minuten dafür vorgesehen sind. Bei Bedarf könnte der Personalausweis auch nach Hause gebracht werden

c) Wie läuft jetzt der Fahrkartenverkauf ab?

Die Ortsvorsteherin informiert, dass eine räumliche Trennung der hierfür zuständigen Mitarbeiterin vom Großraumbüro erfolgen soll. Sie hoffe, dass dies bald umgesetzt werden

könne. Ein Termin für Fahrkartenkauf ist nicht erforderlich.

d) Ist es richtig, dass eine Wartemarke um 8.03 Uhr für 8.00 Uhr nicht mehr zu bekommen ist, auch wenn kein Kunde aktuell vorspricht und bedient wird.

Die Sitzungsleiterin führt aus, in diesem Fall ist erst um 8.10 Uhr ein Termin möglich. Sie hoffe jedoch, dass diese Personen, dann die Mitarbeitenden des Bürgerbüros ansprechen und appelliert an die Bevölkerung, sich nicht zu scheuen, nachzufragen. Grötzingen sei stadtweit das Bürgerbüro, das am schnellsten einen Termin frei hat.

OSR Fischer interessiert, ob Tempus eingeführt wurde, um zu überwachen, wie viele Anträge abgearbeitet werden. OVS EBrich antwortet, Tempus sei zur besseren Steuerung der Kundenströme, vor allem in der Innenstadt, eingeführt worden. Sie erhoffe sich, dass mehr Leute ins Bürgerbüro Grötzingen kommen und sieht darin eine Stärkung des Bürgerbüros.

OSR Umstädter möchte wissen, was die verschiedenen Nummernkreise (100er und 200er Nummern) zu bedeuten haben. Die Vorsitzende wird diese Frage abklären.

**Zu Punkt 347 der TO: **Hort an der Gemeinschaftsschule
(Anfrage der MfG-Fraktion)****

Die MfG-Fraktion hat angefragt:

Eltern deren Kinder die Grundschule besuchen, fürchten um den Erhalt des Hortes und die Umstellung

auf eine gebundene Form der Ganztages-Grundschule nach Abschluss des Schulneubaus.

Unsere Fraktion stellt daher die Anfrage:

Welches Schulkonzept wird nach dem Abschluss der Bauarbeiten im Grundschulbereich verfolgt werden.

Wir bitten um Behandlung in der nächsten öffentlichen Sitzung.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Die Grundschule in Grötzingen ist seit vielen Jahren eine genehmigte 3-zügige Grundschule. Für den Neubau bzw. die Sanierung wurden für das Raumprogramm der Grundschule 2 der 3 Züge im Ganztage zugrunde gelegt und auch so genehmigt. Das Raumprogramm für die Gemeinschaftsschule wurde für eine 2,5-Zügigkeit ausgelegt und genehmigt. Zum Raumprogramm gehören auch die Küchen- und Mensakapazität.

Zwischen der Schule, den beteiligten Fachämtern (Schul- und Sportamt, Sozial- und Jugendbehörde), der Ortsverwaltung Grötzingen und der Elternvertretung besteht Einvernehmen, dass das Ganztagegsschulkonzept erst nach der Sanierung des Schlossschulgebäudes ca. Anfang 2020 nach der Rahmenkonzeption und Richtlinie „Ganztageangebote für Grundschulen der Stadt Karlsruhe“ entwickelt werden soll. Diese setzt auf einen breit angelegten Beteiligungsprozess der Lehrkräfte, der Elternschaft und der Fachbehörden.

siehe auch:

https://www.karlsruhe.de/b2/schulen/schulen_ka/ganztagegrundschulen/HF_sections/content/1451384099928/1453106591816/1_Fortschreibung_Rahmenkonzeption.pdf

Ab Beginn des Ganztageangebots für die Grundschule soll der Hort sukzessive abgebaut werden.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Schuhmacher stellt die Frage, ob die Ortsverwaltung wisse, dass der Zeitplan im Kreis der Lehrer und Eltern nicht bekannt sei. Die Ortsvorsteherin erwidert, für zwei Klassen sei das

Ganztagsangebot gewährleistet, für eine nicht.

Wird vor der Aktualisierung, so OSR Schuhmacher weiter, noch nachjustiert?

Die Vorsitzende antwortet, eine klare Aussage zum Zeitplan sei noch nicht möglich.

Zu Punkt 348 der TO: Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Die Ortsvorsteherin gibt folgende Beschlüsse des Ortschaftsrates bekannt:

1. Der Ortschaftsrat hat beschlossen, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen, den Grabstein von Dekan Hofheinz im Falle der Aufgabe durch die Angehörigen zu sichern und die Kosten der künftigen Pflege zu übernehmen.
2. Der Ortschaftsrat hat über nachstehende Bauanträge im Wege der Offenlage Beschluss gefasst:
 - a) Antrag auf Baugenehmigung: Anbau von zwei Versuchsgaragen im Gewann Auf der alten Reut durch das Fraunhofer-Institut an Gebäude 89 Lithiumlabor II
Der Ortschaftsrat hat das Vorhaben gebilligt.
 - b) Antrag auf Baugenehmigung: Umbau/Aufstockung Aufstockung des Bürogebäudes und Nutzungsänderung im 1. OG Greschbachstraße 1
Das Vorhaben wurde gebilligt.

Zu Punkt 349 der TO: Bauanträge

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

Zu Punkt 350 der TO: Mitteilungen und Anfragen

- a) Die Ortsvorsteherin gibt bekannt, dass sich die Kunstkommission bezüglich Kunst am Bau an der Augustenburg Gemeinschaftsschule mit knapper Mehrheit für den Vorschlag „Dreh“ von Martin Pfeifle ausgesprochen hat. Der vom Ortschaftsrat favorisierte Vorschlag „Parkour“ von Frau Effinger sei aufgrund der Kosten und der Schulhofsituation verworfen worden.
- b) Die Vorsitzende kommt auf die Bitte von OSR Pepper zurück, den in einem Protokoll des Amtes für Hochbau und Gebäudewirtschaft aus 2016 festgehaltenen notwendigen Zaun zur Abgrenzung des Schulgartens baldmöglichst zu errichten. Dafür ist das Gartenbauamt zuständig, das den Zaun im Frühjahr 2018 errichten möchte.
- c) Die Vorsitzende informiert, dass eine Bürgerin in der Broschüre „Daten und Fakten 2017“ keinerlei Daten von Grötzingen gefunden hatte, was OSR Schmidt-Rohr in der letzten Sitzung thematisiert hatte. Sie habe nun dem Amt für Stadtentwicklung folgende drei Daten weitergegeben, die auch in der Neuauflage aufgenommen würden:
 1. 991 erste urkundliche Erwähnung von "Grezzingen" im Lagerbuch des Klosters Weibenburg
 2. 1698 Grötzinger Schloss wird zum Wohnsitz des Markgrafen Friedrich Magnus und seiner Gattin Augusta Maria, die dies zur heutigen Gestalt umbaut. Seitdem heißt das Schloss "Augustenburg"
 3. 1889 Gründung der Grötzinger Malerkolonie durch Friedrich Kallmorgen

- d) OVS EBrich teilt bezüglich der Jagdpachten mit, dass aufgrund einer Gesetzesänderung eine neue Satzung und Pachtverträge notwendig sind. Das Landesjagdgesetz wurde am 25.11.2014 durch das Jagd- und Wildtiermanagementgesetz abgelöst. Die Satzung wurde am 20.10.2017 beschlossen und ist seit 21.10.2017 in Kraft. Dazu war ein einstimmiger Beschluss im Gemeinderat am 25.07.2017 erfolgt.
Die Neuerungen werden in der Dezember Sitzung vorgestellt; das Vorschlagsrecht des Ortschaftsrats ist weiterhin verbrieft. Alle Unterlagen finden sich auch im Internet bei den Sitzungsunterlagen des Gemeinderates am 25.07.2017, TOP 12.
- e) OVS EBrich weist auf folgende Termine hin:
- die Ortsverwaltung ist aufgrund einer Verfügung des Ersten Bürgermeisters am 30.10.2017 geschlossen
 - 09.11.2017 Gebet an der Stele
 - 19.11.2017 Gedenkfeier zum Volkstrauertag um 11.30 Uhr auf dem Friedhof
- f) OSR Tamm ist erstaunt, dass der Termin der Novembersitzung vom 22. auf den 15.11.2017 vorverlegt wurde.
- g) OSR Hauswirth-Metzger bedankt sich für die schnelle Reaktion der Ortsverwaltung hinsichtlich des Weingartener Moores. Sie hält es für erforderlich, dass der Termin mit dem Regierungspräsidium schnell stattfinden sollte.
- h) OSR Hauswirth-Metzger macht darauf aufmerksam, dass der Monitoringbericht zum Baggersee noch fehlt.
- i) OSR Siegele äußert seinen Unmut darüber, dass bezüglich der Kunst am Bau die Entscheidung des Ortschaftsrates nicht umgesetzt werde. Der Ortschaftsrat habe damit in der Angelegenheit nur unnötig Zeit aufgewendet.
- j) OSR Siegele teilt mit, die Pflege der Unterführung Kirchstraße sollte gewährleistet werden. Er habe dort viele Baublätter festgestellt und die Unterführung solle keine Müllhalde werden.
- k) OSR Jäger fragt bezüglich der Webseite der Ortsverwaltung, inwieweit Termine der Vereine aktualisiert werden. Die Vorsitzende antwortet, dies erfolge, sobald die Ortsverwaltung eine Änderung mitbekomme.
- l) OSR Jäger möchte bezüglich des Walkingparkours wissen, wann eine Veröffentlichung erfolgen werde. OVS EBrich erklärt, derzeit erfolge eine Terminabstimmung mit dem Liegenschaftsamt.
- m) OSR Jäger teilt mit, sie habe keine Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Ortschaftsrates von Juli und September erhalten. Bezüglich der Septembersitzung gibt die Ortsvorsteherin zur Kenntnis, dass das Protokoll bisher noch nicht von allen Urkundspersonen unterschrieben wurde.
- n) OSR Jäger hat von einem Absacken im Fußboden in der Küche des Feuerwehrhauses gehört. Herr Rossi antwortet, die Stelle sei schon betoniert und müsse nur noch gefliest werden.

- o) OSR Pepper teilt mit, dass bei dem Spielplatz Obermühlweg ein Gerät entfernt werden musste. Sie bittet, bei der Spielplatzgestaltung darauf Rücksicht zu nehmen, dass die großen Steine als Sitzgelegenheit erhalten bleiben. Die Ortsvorsteherin weist darauf hin, dass entsprechend einer Vereinbarung mit dem Gartenbauamt abgängige Spielgeräte nicht mehr ersetzt werden.
- p) OSR Umstädter fragt, welchen Zweck und Hintergrund die kürzlich durchgeführten Baumfäll- und Schutzarbeiten in der Ringelberghohl hatten. Herr Rossi erklärt, die Stadtwerke hatten sich wegen massiven Sturmschäden direkt an die Baumkolonne des Gartenbauamtes gewandt.
- q) OSR Fettig hat den Eindruck, dass sich bezüglich des Daches der Kindertagesstätte Obere Setz nichts tut. OVS EBrich teilt mit, dies sei absolut nicht so und dass Haftungsfragen zu klären waren. Die Ortsverwaltung habe Kontakt mit dem KIT aufgenommen. Eine bauphysikalische Untersuchung wurde durchgeführt und habe das Ergebnis gebracht, dass der Planer seine Arbeit richtig gemacht habe, dies aber grenzwertig sei. Die Arbeiten seien nicht richtig ausgeführt worden, jedoch gebe es mehrere Beteiligte. Die Haftungsfrage sei geklärt. Nun sei eine Ausschreibung notwendig. Über eine örtliche Zimmerei konnte geklärt werden, dass die Räume der Kindertagesstätte wieder komplett genutzt werden können. Die Bauarbeiten würden im Frühjahr beginnen.
OVS EBrich ergänzt, die Ortsverwaltung plane, bald wieder eine Information an die Eltern herauszugeben. Die Arbeiten könnten voraussichtlich im laufenden Betrieb ausgeführt werden.
- r) OSR Siegrist erklärt, an den Lamellen der Nordseite der Lärmschutzwand entlang der Bahnlinie habe er Werbeplakate festgestellt. Werbemaßnahmen an der Wand seien nicht gewünscht. Außerdem seien manche Lamellen lose.
An der Südseite der Lärmschutzwand bemängelt OSR Siegrist, dass die vom Gartenbauamt geplanten Grünranken noch fehlen.
- s) OSR Weingärtner bemerkt, dass im Rahmen des 125-jährigen Jubiläums der Malerkolonie angeregt wurde, die Malerateliers zu beschriften. Herr Dehm antwortet, die Ortsverwaltung habe zuletzt die Eigentümerin in der Kallmorgenstraße angefragt. Diese wollte sich noch mit ihren Kindern abstimmen.
- t) OSR Ritzel sagt, Metzger und Großhandelsketten (Herr Kunzmann und Fa. Lidl) hätten im Ort Hinweisschilder aufgestellt und der Apotheke habe man es verboten. OVS EBrich erwidert, alle benötigten eine Genehmigung.
- u) OSR Ritzel kommt auf die vorgesehenen Park & Ride - Parkplätze in der Eisenbahnstraße zurück. Die Vorsitzende informiert, die Planung für weitere Park & Ride - Plätze liege vor. Sie hoffe, im Frühjahr/Sommer nächsten Jahres neue Parkplätze einweihen zu können.
- v) OSR Ritzel möchte den aktuellen Sachstand zum Standort der Kindertagesstätte Ringelberghohl wissen. Die Sitzungsleiterin antwortet, Ende November sei ein Treffen mit möglichen Investoren geplant.

Vorsitzende



Ortschaftsrat



Protokollführer

